

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Innenausschusses (4. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 15/1707 –**

**Den Weg für Investition und Innovation durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse frei machen**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Fuchs, Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 15/1330 –**

**Freiheit wagen – Bürokratie abbauen**

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Homburger, Rainer Brüderle, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 15/1006 –**

**Anreize zum Bürokratieabbau setzen – Bürokratiekosten-TÜV einrichten**

#### **A. Problem**

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heben in ihrem Antrag bürokratische Hemmnisse und Überregulierungen als wesentlichen Hemmschuh für Investitionen und Innovationen hervor. Ein Übermaß an Bürokratie beeinträchtigt die Freiheit und die Möglichkeiten wirtschaftlicher und bürgerlicher Entfaltung. Politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die Unternehmen Freiraum für Investitionen und Innovationen bieten, seien Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie ein nachhaltiger Beitrag für die Sicherung und Funktionsfähigkeit des Sozialsystems. Bürokratieabbau setze bisher gebundene Ressourcen für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland frei. Die Fraktionen begrüßen, dass die Bundesregierung Bürokratieabbau zu einem Schwerpunkt der Legislaturperiode gemacht habe. Mit ihrem Antrag bezwecken sie u. a., dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, den Bürokratieabbau und die Vereinfachung, Modernisierung und Weiterentwicklung von bestehenden rechtlichen Regelungen wei-

ter zügig voranzutreiben und für eine nachhaltige Reform- und Innovationspolitik in Deutschland weitere Instrumente und Maßnahmen zum strukturellen Abbau bürokratischer Belastungen zu entwickeln und zu ergreifen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU verweist auf eine stetig steigende Zahl an Gesetzen und Rechtsverordnungen und die Kosten der damit verbundenen Bürokratie. Obwohl sich die Politik immer wieder zu einem Abbau von bürokratischen Hemmnissen bekannt habe, sei der Durchbruch eines Bürokratieabbaus bisher ausgeblieben. Hauptgrund für immer mehr Vorschriften sei, dass es bisher keine systematischen, auf Dauer angelegten und damit durchgreifenden Maßnahmen und Instrumente zum Abbau der Bürokratie gebe. Hierzu müsse die Eigenverantwortung gestärkt und der Staat auf seine Kernaufgaben beschränkt werden. In ihrem Antrag verlangt die Fraktion u. a., dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, die federführenden Ministerien zu verpflichten, jede geplante neue Rechtsverordnung mit der Prüfung zu verbinden, ob nicht in ihrem Verantwortungsbereich zwei bestehende Rechtsverordnungen außer Kraft gesetzt werden können, neue Gesetze zeitlich zu befristen, eine Beweislastumkehr für die Fortgeltung von Gesetzen und Rechtsverordnungen und einen Verfallsmechanismus bei Verwaltungsvorschriften einzuführen.

Die Fraktion der FDP hebt in ihrem Antrag hervor, dass gerade der Mittelstand unter zunehmenden Bürokratiebelastungen zu leiden habe. Der in der 13. Legislaturperiode in der Geschäftsordnung der Bundesregierung verankerte und von der rot-grünen Bundesregierung wieder abgeschaffte Bürokratiekosten-TÜV habe systematisch die Belastungen aus Verwaltungsarbeiten infolge der Bundesgesetzgebung für Bürger und Wirtschaft erfasst. In den vergangenen Jahren seien diverse bürokratische Verpflichtungen für die Unternehmen hinzugekommen. Da ein erster Schritt zum Abbau von Bürokratie die Schaffung von mehr Kosten- und Belastungstransparenz sei, soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, in einem Bürokratiekosten-TÜV die administrativen Belastungen für Unternehmen und Verbraucher, die aus neuen Gesetzen und Verordnungen resultieren, im Gesetzgebungsverfahren aufzuführen und hinreichend zu quantifizieren.

## **B. Lösung**

Zu Nummer 1

**Annahme des Antrags auf Drucksache 15/1707 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

Zu Nummer 2

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1330 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU**

Zu Nummer 3

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1006 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP**

## **C. Alternativen**

Annahme des Antrags der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1330 bzw. Annahme des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1006.

## **D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 15/1707 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 15/1330 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 15/1006 abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2005

### **Der Innenausschuss**

**Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**  
Vorsitzende

**Dr. Michael Bürsch**  
Berichterstatter

**Stephan Mayer (Altötting)**  
Berichterstatter

**Silke Stokar von Neuforn**  
Berichterstatterin

**Ernst Burgbacher**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Dr. Michael Bürsch, Stephan Mayer (Altötting), Silke Stokar von Neuforn und Ernst Burgbacher

### I. Zum Verfahren

#### 1. Allgemein

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1707 wurde in der 66. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Oktober 2003 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Sportausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1330 wurde in der 66. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Oktober 2003 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Sportausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1006 wurde in der 66. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Oktober 2003 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur Mitberatung überwiesen.

#### 2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

##### a) Zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/1707

Die Annahme des Antrags haben empfohlen:

- der **Sportausschuss** in seiner 27. Sitzung am 14. Januar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Rechtsausschuss** in seiner 69. Sitzung am 26. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Finanzausschuss** in seiner 82. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Haushaltsausschuss** in seiner 58. Sitzung am 21. Oktober 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** in seiner 82. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** in seiner 23. Sitzung am 5. November 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 46. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** in seiner 86. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** in seiner 62. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner 25. Sitzung am 12. November 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** in seiner 26. Sitzung am 5. November 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** in seiner 22. Sitzung am 12. No-
- der **Auswärtige Ausschuss** in seiner 55. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,

vember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,

- der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** in seiner 54. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für Tourismus** in seiner 27. Sitzung am 12. November 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 41. Sitzung am 11. Februar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für Kultur und Medien** in seiner 25. Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

**b) Zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1330**

Die Ablehnung des Antrags haben empfohlen:

- der **Auswärtige Ausschuss** in seiner 55. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Sportausschuss** in seiner 27. Sitzung am 14. Januar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP,
- der **Rechtsausschuss** in seiner 69. Sitzung am 26. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP,
- der **Finanzausschuss** in seiner 82. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Haushaltsausschuss** in seiner 58. Sitzung am 21. Oktober 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP,
- der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** in seiner 82. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP,
- der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** in seiner 23. Sitzung am 5. No-

vember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,

- der **Verteidigungsausschuss** in seiner 51. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 46. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** in seiner 86. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** in seiner 62. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner 25. Sitzung am 12. November 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** in seiner 26. Sitzung am 5. November 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** in seiner 22. Sitzung am 12. November 2003 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** in seiner 54. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Ausschuss für Tourismus** in seiner 27. Sitzung am 12. November 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 38. Sitzung am 14. Januar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP,
- der **Ausschuss für Kultur und Medien** in seiner 25. Sitzung am 10. Dezember 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

**Zu Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1006**

Die Ablehnung des Antrags haben empfohlen:

- der **Rechtsausschuss** in seiner 69. Sitzung am 26. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU,
- der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** in seiner 82. Sitzung am 19. Januar 2005 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

**3. Beratungen im federführenden Ausschuss**

Der Innenausschuss hat in seiner 29. Sitzung am 11. Februar 2004 einvernehmlich beschlossen, eine öffentliche Anhörung zum Thema Bürokratieabbau durchzuführen.

In seiner 40. Sitzung am 28. Juni 2004 hat der Innenausschuss die öffentliche Anhörung durchgeführt. An dieser Anhörung haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Prof. Dr. Hans Peter Bull  
Universität Hamburg

Prof. Dr. Werner Jann  
Universität Potsdam

Dr. Ortlieb Fliedner  
Rechtsanwalt

Staatssekretär Hans Krings  
Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Andreas Wiebe  
Regierungspräsident, Bezirksregierung Detmold

Dr. Christoph Zschocke  
Vizepräsident Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer

Dr. Rolf Kroker  
Institut der Deutschen Wirtschaft

Prof. Dr. Ulrich Karpen  
Universität Hamburg

Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 40. Sitzung des Innenausschusses vom 28. Juni 2004 verwiesen (Protokoll 15/40).

Der **Innenausschuss** hat in seiner 53. Sitzung am 26. Januar 2005 die Vorlagen abschließend beraten.

- a) Als Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag auf **Drucksache 15/1707** mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

b) Der Antrag auf **Drucksache 15/1330** wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

c) Der Antrag auf **Drucksache 15/1006** wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

**II. Zur Begründung**

Die **Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** heben hervor, dass der gemeinsame Antrag die Initiative der Bundesregierung zum Bürokratieabbau unterstütze. Diese verfolge ein Gesamtkonzept, auf welches man im Antrag nicht mehr in allen Einzelheiten eingehen müssen. Die Bundesregierung lege richtigerweise die Schwerpunkte des Bürokratieabbaus auf die Bereiche Arbeitsmarkt und Selbständigkeit, Wirtschaft und Mittelstand, Forschung und Innovation sowie Zivilgesellschaft und Ehrenamt. Hierzu seien einzelne Projekte in Arbeit, die man Stück für Stück angehe. Man trete für eine deutliche Betonung der Bürgergesellschaft und von Aufgaben, die die Gesellschaft übernehme, ein. Man sei aber zugleich dafür, dass der Staat weiterhin seine Aufgaben in sozialen und in anderen Bereichen wahrnehme. Die Einrichtung neuer Bundestags- sowie Kabinettsausschüsse führe ebenso wie ein Bürokratiekosten-TÜV zu einem Bürokratieaufbau und sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hebt hervor, um das Thema „Bürokratieabbau“ ernsthaft anzugehen, müsse man zunächst den ordnungspolitischen Rahmen abstecken, bevor man sich einzelnen Vorschriften zuwende. Die Fraktion benenne die hierzu erforderlichen Instrumentarien in ihrem Antrag. So müsse etwa die zeitliche Befristung von Gesetzen oder eine Prüfautomatik bei neuen Gesetzen und Verordnungen eingeführt werden. Bürokratieabbau könne nur Erfolg haben, wenn von politischer Seite Druck „von oben“ ausgeübt werde. Sinnvoll sei aber auch eine Selbstkontrolle von Parlament und Regierung, weshalb sowohl ein entsprechender Bundestags- wie auch ein Kabinettsausschuss eingerichtet werden müssten. Demgegenüber stellten die von den Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag erhobenen Forderungen nur Allgemeinplätze dar.

Die **Fraktion der FDP** ist der Ansicht, dass die Bemühungen der Bundesregierung, Bürokratie abzubauen, gescheitert seien. Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei zudem an keiner Stelle konkret und leiste deshalb auch keinen Beitrag zum Bürokratieabbau. Dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU könne man ebenfalls nicht zustimmen, da dieser in Einzelbereichen zu einem „mehr“ an Bürokratie führe. Neuer Bundestags- oder Kabinettsausschüsse bedürfe es nicht.

Berlin, den 26. Januar 2005

**Dr. Michael Bürsch**  
Berichterstatter

**Stephan Mayer (Altötting)**  
Berichterstatter

**Silke Stokar von Neuforn**  
Berichterstatterin

**Ernst Burgbacher**  
Berichterstatter



